

Merkel, Wolfgang

**Book Part**

**Einleitung**

**Provided in Cooperation with:**  
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1994) : Einleitung, In: Wolfgang Merkel (Ed.): Systemwechsel. Band 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen, ISBN 3-8100-1184-3, Leske + Budrich, Opladen, pp. 9-20

This Version is available at:  
<http://hdl.handle.net/10419/112597>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# Einleitung

*Wolfgang Merkel*

Betrachtet man das 20. Jahrhundert unter dem Blickwinkel des Übergangs von autoritären zu liberaldemokratischen politischen Systemen, lassen sich drei große Wellen erkennen. Eine erste lange Welle, die ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution hatte und sich langsam verstärkend über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg zog, erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg. Zu Beginn der 20er Jahre dieses Jahrhunderts war in rund 30 Ländern mit den allgemeinen, gleichen und freien Wahlen das prozedurale Minimum (Dahl 1971)<sup>1</sup> demokratischer Systeme installiert, wie unlängst Samuel Huntington errechnet hat (Huntington 1991: 17). Mit Mussolinis Marsch auf Rom 1922 beginnend wurde der lange Demokratisierungstrend durch eine „Gegenwelle“ gebrochen, die in Europa und Lateinamerika eine Reihe faschistischer, autoritär-korporatistischer, populistischer oder militärisch-diktatorischer Regimes entstehen ließ. Es war erneut das Ende eines Weltkrieges, das nach 1945 einen kurzen Demokratisierungsschub auslöste. Unter der Aufsicht der alliierten Siegermächte wurde die Demokratisierung der politischen Systeme in Westdeutschland, Österreich, Italien und Japan dekretiert und eingeleitet. In Lateinamerika traten 6 Länder<sup>2</sup> in eine kurze Phase demokratischen Wandels ein, bevor dieser zu Beginn der 50er und 60er Jahre wiederum in einer Gegenwelle von Militärdiktaturen weggespült wurde. Die dritte Demokratisierungswelle begann 1974 paradoxerweise mit einem Militärputsch in Portugal, erfaßte Griechenland und Spanien. Sie setzte sich zu Beginn der 80er Jahre in Lateinamerika fort, als viele der Militärregimes zusammenbrachen oder reformbereite Militärs die Liberalisierung und Demokratisierung ihrer Länder einleiteten<sup>3</sup>. Asien und Afrika wurden ebenfalls erfaßt. In der Mitte der 80er Jahre endete die Diktatur von Ferdinand Marcos auf den Philippinen und wenig später die Militärherrschaft in Pakistan (1988). Die Herrschaftseliten Südkoreas und Taiwans leiteten die Liberalisierung und Demokratisierung ihrer politischen Systeme ein.

Gleichsam der Mechanik eines „regionalen Dominoeffekts“ folgend, setzte sich die dritte große Demokratisierungswelle am Ende der 80er Jahre

fort und kulminierte in dem Epochenbruch von 1989. 15 Jahre nach der Nelkenrevolution in Portugal hatten rund 30 Länder in Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika ihre autoritäre Herrschaftstrukturen durch demokratische Ordnungen ersetzt (Huntington 1991: 21).

Mit der dritten Demokratisierungswelle setzte auch eine Flut theoretischer, vergleichender und einzelfallorientierter Analysen politischer Systemwechsel ein. Sie macht es mittlerweile selbst dem „Transitionsexperten“ schwer, noch den Überblick zu wahren. Es gibt also wissenschaftliche Legitimation genug, Atem zu holen und sich in systematisch-rekonstruktiver Absicht des theoretischen Bestandes der Transformationsforschung zu versichern. Es ist deshalb die erklärte Absicht des Herausgebers und der Autoren, mit diesem Band eine Übersicht und Zwischenbilanz zur politikwissenschaftlichen Transformationsforschung vorzulegen.

Mit der sich im Gefolge der historischen Transformationsprozesse verstärkenden Begleitlawine sozialwissenschaftlicher Analysen hat sich auch das terminologische Arsenal ausdifferenziert – und dabei nicht selten die begriffliche Schärfe verschüttet. Begriffe wie Transition, Transformation, Revolution, Zusammenbruch, Modernisierung, Liberalisierung, Demokratisierung, Regimewandel oder Systemwechsel werden mitunter synonym zur Beschreibung ein und derselben historischen Ereignisse und Prozesse verwandt. Ergänzt man die deutschen Begriffe noch durch englische oder spanische Wortschöpfungen wie *transformation*, *replacement*, *transplacement* (Huntington 1991), *transaction*, *breakdown*, *extrication* (Share/Mainwaring 1986) oder etwa jenen von Juan Linz und Alfred Stepan (1978; 1991): *reforma*, *ruptura*, *ruptforma* ist mit dem gewonnenen begrifflichen Differenzierungsvermögen zugleich auch die Gefahr analytischer Konfusion gegeben.

Bei der Untersuchung von Transformationen politischer, ökonomischer und sozialer Systeme müssen zwei miteinander verschränkte Dimensionen angemessen berücksichtigt und präzise gefaßt werden. Erstens die Präzisierung des Analysegegenstandes, d.h. die Beantwortung der Frage: *was* wird transformiert. Handelt es sich dabei nur um die Regierung, ein politisches Regime, den Staat oder gar das gesamte politisch-gesellschaftliche System? Zweitens ist eine Antwort darauf zu geben, *wie*, d.h. in welcher Form, Geschwindigkeit und welchen Sequenzen sich die Transformation vollzieht, und welche Akteure wie an ihr beteiligt sind. Können wir von einer Reform, einem Wandel oder müssen wir von einer Revolution oder einem Wechsel sprechen?

Auf die Notwendigkeit, die Begrifflichkeit in der Transformationsforschung zu schärfen und Regierung, Regime und Staat analytisch voneinander zu trennen, hat Robert Fishman (1990) als einer der ersten aufmerksam gemacht. Als Regime bezeichnet Fishman die formelle und informelle Organisation der politischen Machtzentren und ihre jeweils besonders ausgeformten Beziehungen zur Gesellschaft. Das bedeutet, ein Regime definiert

die Zugänge zur politischen Macht und bestimmt damit das Verhältnis zwischen den politischen Machthabern und jenen, die nicht über politische Macht verfügen (Fishman 1990: 428). Regime sind also dauerhaftere Formen politischer Herrschaftsorganisation als es bestimmte Regierungen sein können.

In ihrer Bestandsdauer noch übertroffen werden Regime jedoch durch den Staat. Er ist eine sehr dauerhafte Herrschaftsstruktur, die in ihrem Kern die legitimen oder illegitimen Zwangsmittel einschließt, die notwendig sind, um eine Gesellschaft zu regieren und die dafür notwendigen Ressourcen aus dieser zu ziehen. „A state may remain in place even when regimes come and go“ (ibid.). Regime verkörpern die Normen, Prinzipien und Verfahrensweisen der politischen Organisation des Staates<sup>4</sup>, durch dessen autoritatives Machtinstrumentarium Regierungen erst in die Lage versetzt werden, zu regieren. Während sich im Zuge einer politischen Transformation die das Regime konstituierenden Normen und Prinzipien ändern, bleiben die Strukturen des Staates häufig vor vergleichbaren Desintegrationsprozessen verschont. Wie beunruhigend es auch immer aus einer normativ-demokratiethoretischen Perspektive sein mag, in ihrer Struktur kaum zu unterscheidende Staatsapparate können einem demokratischen Regime ebenso dienen, wie sie vorher autoritären Regimen gedient haben. Dies gilt nicht nur strukturell, sondern bis in das staatliche Personal hinein, wie nicht zuletzt so unterschiedliche historische Erfahrungen, wie die Regimetransformationen in Deutschland, Italien und Japan nach dem II. Weltkrieg, die spanische *transición* nach 1975 oder auch die postkommunistischen Erfahrungen in Osteuropa nach 1989 zeigen<sup>5</sup>.

Fishman vermeidet es von *System* zu sprechen. Die von ihm verwendete Triade von Regierung, Regime und Staat liegt auch quer zum Systembegriff. Eine wechselseitige Abgrenzung ließe sich nicht vornehmen. Denn in den systemtheoretischen Konzepten von Easton, Almond und Powell etwa umgreift das politische System die Funktionen aller drei Ordnungsformen. Auch Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Adam Przeworski, die Theoretiker des großen vergleichenden „Transition to Democracy“-Projektes (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986), das Mitte der achtziger Jahre am Woodrow Wilson Center in Nordamerika entstanden ist, ziehen den Regime- dem Systembegriff vor. Doch obwohl Schmitter und O'Donnell die Rolle von politischen Akteuren besonders hervorheben, verbinden sie deren Handlungen doch implizit mit einem Regimebegriff, der manche Ähnlichkeit mit jenem politikwissenschaftlichen Systemverständnis aufweist, wie es seit David Easton in der Politikwissenschaft vorherrscht. Dem Akteurstheoretiker Adam Przeworski verbietet die strikte, am Paradigma des *rational choice* ausgerichtete handlungstheoretische Orientierung, den Systembegriff zu verwenden<sup>6</sup>.

Im folgenden soll kurz begründet werden, warum abweichend vom bisherigen *main stream* der Transformationsforschung für diesen Band, wie für

die geplanten Folgebände, „Systemwechsel“ als Obertitel gewählt wurde:

1. Die Forschungssituation nach 1989 unterscheidet sich von jener Mitte der achtziger Jahre, in der vor allem die politischen Transformationsprozesse in Lateinamerika und Südeuropa untersucht wurden.
2. Der Systembegriff ist am deutlichsten mit der Legitimitäts- und Stabilitätsfrage einer politischen Ordnung verknüpft.
3. Ein undogmatischer Systembegriff schließt andere politische Ordnungsbegriffe wie Regime keineswegs aus und läßt sich für andere theoretische Anschlußmöglichkeiten offen halten.

Erstens. Klaus von Beyme und Dieter Nohlen (1991), die den Begriff „Systemwechsel“ in die deutschsprachige Transformationsdiskussion eingebracht haben, sprechen mit Recht von einer neuen Forschungssituation nach 1989. Zwar seien die Transformationsprozesse in Südeuropa, Lateinamerika und Osteuropa<sup>7</sup> von der gemeinsamen Zielvorstellung, nämlich der Etablierung pluralistischer Demokratien geprägt, ihre Ausgangssituationen unterschieden sich jedoch erheblich. Während in Südeuropa und Lateinamerika die Transformationsprozesse im wesentlichen nur die politisch-institutionelle Ebene erfaßten, befinden sich in Osteuropa auch die sozioökonomische Gesellschaftsstrukturen in einem tiefgreifenden Wandel. Zur Analyse dieser unterschiedlichen Transformationsprozesse erscheint der Systembegriff ergebnisreicher. Er ist zum einen *umfassender* als Staat und Regime und kann damit auf die unterschiedlichen Transformationsprozesse politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Teilsysteme gleichermaßen angewandt werden. Mit der Differenzierungsmöglichkeit in einzelne, funktional abgrenzbare gesellschaftliche Teilsysteme ist er zum anderen aber auch *spezifischer* und kann so die Interdependenzen, Dilemmata und Paradoxien (Offe 1991) dieser unterschiedlichen, aber vielfältig miteinander verflochtenen partiellen Transformationsprozesse schärfer in den Blick nehmen. Darüberhinaus ist der Begriff Systemwechsel auch insofern umfassender, als er die von O'Donnell und Schmitter unterschiedenen Transformationsetappen „*demise of authoritarian rule*“, „*transition to democracy*“, „*consolidation of democracy*“ mit umschließt und insbesondere auf die erste und letzte Transitionsphase einen erhellenden Zugriff erlaubt.

Zweitens. Der Systembegriff in der Eastonschen Tradition (Easton 1965; Almond/Powell 1988) besitzt den heuristischen Vorteil, daß er insbesondere die für Transformationsprozesse zentralen Aspekte der Stabilität (Gleichgewicht) und der Legitimität in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rückt. Die Differenzierung zwischen der diffusen und der selektiven Legitimität, also jener allgemeinen auf die fundamentalen Normen, Regeln und Verfahrensweisen des Systems gerichteten Unterstützung und jenen an den materiellen Politikergebnissen ausgerichteten *supports*, gibt zudem einen zusätzlichen Blick frei auf wichtige Mechanismen des Wandels oder Zusammenbruchs alter oder der Konsolidierung neuer politischer Systeme.

Dies nicht zuletzt deshalb, weil über dieses Legitimationskonzept sowohl das Handeln politischer Akteure als auch die Wahrnehmung, Akzeptanz und Reaktion der breiten Masse innerhalb eines theoretisch geschlossenen Bezugsrahmens analysiert werden kann.

Damit werden drittens die Regulations- und Reproduktionsmechanismen politischer (und sozialer) Systeme nicht unabhängig von handelnden Akteuren definiert wie etwa in der Autopoiesis bei Luhmann (1984; 1986), sondern bleiben insbesondere über die Legitimationsfrage (Easton 1965) offen für handlungstheoretische Anschlüsse.

An dieser Stelle sei noch einmal betont. Der Titel „Systemwechsel“ für diesen Band entspricht einem undogmatischen Begriffsverständnis. Er markiert keine systemtheoretische Vorentscheidung in der Diskussion der unterschiedlichen Ansätze der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung und schon gar nicht die Verwerfung anderer, z.B. handlungstheoretischer Konzepte. Er wird vielmehr als umfassender Terminus verstanden, unter den sich auch der Regimebegriff fassen läßt. Wird er freilich in der konkreten Transformationsanalyse verwandt, ist jeweils zu klären, welches der unterschiedlichen Systemkonzepte der Untersuchung zugrunde gelegt wird, und welche Anschlußmöglichkeiten an andere Ansätze gesehen werden. Wie die Beiträge dieses Buches zeigen werden, bleiben einige Autoren auch bei dem Begriff Regime, was also keineswegs im Widerspruch zu dem gewählten Buchtitel steht.

Mit Bedacht wurde auch der Begriff *Systemwechsel* und nicht *Systemwandel* gewählt. Politischer Systemwandel bedeutet zunächst adaptiver Wandel der politischen Strukturen und Verfahren an eine gewandelte Umwelt. Es ist also die Wiederherstellung einer neuen Stabilität bzw. eines neuen Gleichgewichts in einer alten politischen Ordnung (Ettrich 1991: 124). Systemwechsel bedeutet dagegen die Auflösung der alten und den Aufbau einer neuen politischen Herrschaftsstruktur. Grundlegende Mißbildungen in den Verfahren, fehlerhafte soziale Integration und unsensible fundamentale politische Strukturen werden ersetzt. Systemwechsel sind also zunächst mit erheblicher Entdifferenzierung und anschließend erneuter Differenzierung in Übereinstimmung mit den neuen Prinzipien, Normen und Umwelterfordernissen verbunden (Etzioni 1975: 144). Dabei können evolutionäre oder reformatorische Wandlungstendenzen durchaus Vorboten eines Systemwechsels sein. Ebenso kann aber auch ein politisch verhinderter Wandel zum Kollaps politischer Systeme führen, wie nicht zuletzt die Ereignisse in Osteuropa zeigen. Von einem politischen Systemwechsel kann jedoch erst dann gesprochen werden, wenn substantiell neue Kriterien zur Regelung des Zugangs und des Verlustes von politischen Herrschaftspositionen institutionalisiert werden. Stehen dann die neugeschaffenen Zugänge zu politischer Beteiligung und politischen Herrschaftsfunktionen allen Bürgern in gleicher Weise offen<sup>8</sup>, während sie zuvor einseitig geschlossen waren, kann vom Wechsel eines autoritären zu einem demokratischen System

gesprochen werden. Die in diesem wie den Folgebänden berücksichtigten Transformationsanalysen beziehen sich also auf jene Länder, deren politische Systeme von autoritären bzw. „totalitären“ zu pluralistischen, liberaldemokratisch verfaßten politischen Ordnungen wechseln. Damit wird jedoch nicht behauptet, daß ein solcher Wechsel irreversibel sei. Die zu Beginn der Einleitung genannten autoritären Gegenwellen in den 20er und 30er Jahren in Mitteleuropa bzw. in den 50er und 60er Jahren in Lateinamerika bestätigen dies empirisch.

Das Buch ist in einen theoretischen Abschnitt und einen Abschnitt vergleichender regionaler Analysen gegliedert. Ersterer diente der Herausarbeitung von Erklärungsstrukturen, heuristischen Potentialen und analytischen Defiziten der beiden großen sozialwissenschaftlichen Theoriealternativen von System und Handlung für die politikwissenschaftliche Transformationsforschung. Die Beiträge des zweiten Teils werden im *intra-area* Vergleich kritisch-empirisch prüfen, welche Ansätze auf welche konkreten Kontexte, Themenbereiche und Transitionsphasen mit welchem Erkenntnisgewinn auf die Regionen Osteuropa, Südeuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien bisher angewendet wurden. Sie analysieren ihre Erklärungskraft, diskutieren ihre Beschränkungen und erarbeiten Vorschläge, in welcher Richtung sie weiterentwickelt werden können. Sie liefern darüber hinaus eine breite Literaturschau, die auch dem *area*-Experten wertvolle Hinweise liefern wird.

Den Reigen der theoretischen Beiträge eröffnet Eberhard Sandschneider mit seiner Analyse der „Systemtheoretische(n) Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung“. Auf abstrakter systemtheoretischer Grundlage arbeitet er die Zusammenhänge von Stabilität, Instabilität, Effizienz, Wandel und Transformation politischer Systeme heraus. Seine zentrale These lautet, daß die gegenwärtig beobachtbare Durchsetzung demokratischer Systeme vor allem damit begründet werden muß, daß demokratische Systeme auf Dauer stabilisierungsfähiger sind als andere politische Systemtypen. Denn anders als autoritäre Herrschaftsordnungen verfügen sie über Mechanismen, Verfahren und Strukturen, die es dem politischen, wie den sozialen Teilsystemen ermöglichen, flexibler, effizienter und ressourcenschonender auf die sich beschleunigenden „Umweltveränderungen“ zu reagieren.

Dieser evolutionstheoretische Optimismus wird von Christian Welzel noch einmal theoretisch und empirisch verstärkt. In seinem maßgeblich aus der modernisierungstheoretischen Perspektive verfaßten Beitrag „Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz“ vermag er in einem weltumspannenden *sample* von 160 Ländern mittels einer syn- und diachronen Analyse empirisch fundiert zu zeigen, daß in den letzten beiden Jahrzehnten ein globaler Verdrängungsprozess autokratischer politischer Systeme zugunsten der Demokratie abläuft. Diktaturen, argumentiert Welzel in Übereinstimmung mit Sandschneider, sind den Demokratien im Verdrängungswettbewerb nicht zuletzt deshalb unterlegen, weil sie angesichts ihrer Struk-



turdefekte im intermediären Bereich der Interessenvermittlung stärker politische Systemablehnung und alternative Systempräferenzen in der Gesellschaft erzeugen als diese.

Mit der Berücksichtigung der Interessenaggregation und Interessenartikulation ist auch eine wichtige Anschlußmöglichkeit genannt, über die sich handlungstheoretische Überlegungen und systemtheoretische Konzepte verknüpfen lassen. Dies zeigt in besonderem Maße auch Ellen Bos' kritische Analyse der neueren akteurstheoretisch orientierten Transformationsforschung um O'Donnell, Schmitter, Karl und Przeworski. Bos sieht das besondere Verdienst dieser Ansätze in der radikalen Verwerfung des „deterministischen Denkens älterer Ansätze“. Denn vor allem die akteurstheoretische Kernthese, daß der Übergang von autoritären zu demokratischen Systemen entscheidend vom Verhalten der daran beteiligten Akteure abhängt, ermögliche die Ersetzung des „Denkens in Kausalitäten durch ein Denken in Möglichkeiten“. Freilich erscheint Ellen Bos diese „Wende“ der Transformationsforschung zu radikal. Ihr sei zum einen die genaue Analyse externer Rahmenbedingungen zum Opfer gefallen, zum anderen sei eine einseitige Konzentration auf das Handeln der Eliten zu kritisieren, wodurch die Rolle der Massen und die Dynamik der wechselseitigen Interaktion von Eliten und Massen aus dem analytischen Blickfeld gerät.

Ohne die wichtige Rolle von politischen Akteuren insbesondere in der frühen Transformationsperiode zu vernachlässigen, betont Friedbert Rüb den entscheidenden Beitrag der Herausbildung neuer politischer Institutionen im Demokratisierungsprozeß. Denn gerade weil Systemwechsel zunächst als „Spiele ohne feste Regeln“ gespielt werden, sind es in besonderem Maße die politischen Institutionen, die die Kontingenz der transitorischen Regellosigkeit soweit reduzieren, daß Systemübergänge ohne Chaos, Gewalt und Anarchie möglich werden. Deshalb, so Rüb's kardinale These, hänge der Erfolg der demokratischen Transitionen vor allem von einer raschen und kontextangemessenen Etablierung demokratischer Institutionen ab. Es müsse deshalb in Hinblick auf die Konsolidierungschancen junger demokratischer Systeme verstärkt danach gefragt werden, „wann, warum, wie und welche politische Institutionen im Prozeß der Demokratisierung entstehen“ und welchen Einfluß diese auf Form, Substanz und Stabilität der zukünftigen Demokratie hat.

Die Beiträge zu den *area*-Analysen eröffnet Klaus von Beymes Osteuropa-Analyse. Unterhalb der Ebene hoch abstrakter allgemeiner Theorien filtert er aus einer diachron vergleichenden Analyse Akteure, Prozesse und Institutionen heraus, die die großen osteuropäischen Transformationen dieses Jahrhunderts nach 1917, 1945 und 1989 maßgeblich bestimmt haben. Sein Fazit lautet: Die „Wiederentdeckung des Zufalls“ wird singuläre historische Ereignisse wieder stärker ins Blickfeld rücken. Deshalb werden akteurstheoretische Konzepte, werden sie nicht dogmatisch auf ein formalisiertes *rational choice*-Paradigma verpflichtet, größere Erklärungskraft als

systemtheoretische Ansätze entwickeln. Dies muß jedoch keineswegs bedeuten, daß Sozialwissenschaftler in der Transformationsforschung auf die historisch-deskriptive Analyse einzelner Länder zurückgeworfen werden müssen. Denn die Zahl der nun zur Verfügung stehenden Untersuchungsfälle wird zunehmend empirisch gesättigtere Generalisierungen erlauben. In nächster Zukunft wird deshalb wohl das „theoretische Halbfabrikat Typologie“ die Transformationsanalysen dominieren.

In seinem Beitrag will Hans-Jürgen Puhle zeigen, daß die Forschungen zu den Systemwechseln in Südeuropa in ihren Erkenntnisinteressen, theoretischen Ansätzen und Methoden monographisch, vergleichend und sektoral inzwischen breiter differenziert sind als entsprechende Forschungen in anderen Großregionen. Dies gilt vor allem für die Etappe der demokratischen Konsolidierung, da diese allein in Südeuropa bisher als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden kann. Und hier zeigt der *area*-interne Vergleich zwischen Spanien, Portugal und Griechenland, daß mit dem Fortschreiten der demokratischen Konsolidierung jahrhundertealte historische Prägung, wie etwa die osmanischen Traditionen in Griechenland, den politisch-institutionellen Demokratisierungsprozeß ebenso wieder einholen wie jüngste sozioökonomische Entwicklungen. Um diese komplexen Prozesse angemessen thematisieren und untersuchen zu können, dürfen regional- oder länderspezifische Besonderheiten ebenso wenig vernachlässigt werden, wie ihre systematische Verknüpfung mit Aspekten der allgemeinen Demokratietheorie. Die angemessene Kombination theoretischer Ansätze und Theoreme mittlerer Reichweite und unterschiedlicher Provenienz hat zu erheblichen Erkenntniszugewinnen in der Transformationsforschung in Südeuropa geführt. Noch unzureichend geprüft ist es jedoch, inwieweit die Herangehensweisen und Ergebnisse der südeuropäischen Transitionsforschung auf die Systemwechsel in anderen *areas* übertragen werden können.

In einem Plädoyer gegen einen zu weitreichenden Erklärungsanspruch von *general theories* vor allem der nordamerikanischen Transitionsforschung, betonten Dieter Nohlen und Berhard Thibaut den besonderen Wert von thematisch und regional begrenzten Fallstudien. Gerade hier biete insbesondere die „lateinamerikanische Lateinamerikaforschung“ einen beachtlichen Fundus an konkreten Analysen, die bisher nicht ausreichend von den etablierten Transitionstheoretikern berücksichtigt wurden. Dies gilt in besonderer Weise für die zwei Theoreme Schmitter's und O'Donnells (1986), die dem spezifischen Typus des vorhergehenden autoritären Systems wie dem besonderen Modus des Transitionsverlaufes einen erheblichen Einfluß auf die Art der entstehenden Demokratie und deren Konsolidierungschancen einräumen. Die Erfahrungen Lateinamerikas zu Beginn der 80er Jahre zeigen, daß Struktur, Dynamik und Ergebnis der Demokratisierungsprozesse viel stärker durch die ökonomische Krise, den wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel und durch die in präsidentiellen Regierungssystemen stets fragile Balance zwischen Exekutive und Legislative geprägt war. Die in der

Transitions- und Konsolidierungsforschung entwickelten Konzepte vermögen bisher nicht, gerade jene für den lateinamerikanischen Kontext so wichtige Interdependenz zwischen sozioökonomischen Entwicklungen und politischen Prozessen hinreichend zu erfassen. Der breite Fundus empirischer Detailstudien zu den Systemwechselln in Lateinamerika biete jedoch eine solide Basis, bisherige Konzepte zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren. Damit könne auf einer empirisch gesättigteren Basis ein weiterer Schritt hin zu Transitionsansätzen mittlerer Reichweite getan werden.

Am Beispiel von Schwarzafrika, einer in der bundesdeutschen Politikwissenschaft nur wenig beachteten Region, zeigt Siegmund Schmidt im anschließenden Kapitel die besonderen Demokratisierungsprobleme in sozioökonomisch unterentwickelten Regionen auf. Vor einer schematischen Anwendung der Modernisierungstheorie warnend, vermag er an ausgewählten Ländern Afrikas zeigen, daß auch gescheiterte oder ausbleibende Modernisierungsprozesse zum Sturz autoritärer Regimes führen können. Das offensichtliche Scheitern der Militär- und Einparteiensysteme als Entwicklungsdiktaturen muß in Afrika als der wesentliche Grund für den kontinentweiten Ruf nach Demokratie und Marktwirtschaft angesehen werden. Freilich befinden sich die meisten in einer Transition begriffenen Länder dieser Region erst in der Phase der Liberalisierung des alten autoritären Einparteiensystems. Die Transitionsphase zur Demokratie wurde bisher erst in wenigen Staaten erfolgreich abgeschlossen. Als konsolidiert kann noch keine einzige der jungen Demokratien gelten. Ihre Konsolidierung wird insbesondere von der Verbesserung der ökonomischen Lage abhängen. Da dies häufig eher als unwahrscheinlich denn gesichert gelten muß, kann es wieder zu einem Rückfall in autoritäre Herrschaftsstrukturen führen, die gleichfalls aufgrund der großen sozioökonomischen Herausforderungen nicht von Dauer sein müssen. Die nähere Zukunft mancher der jungen afrikanischen Demokratien könnte deshalb in der Oszillation zwischen autoritären und sich partiell demokratisierenden politischen Systemen bestehen.

Über die Grenzen abstrakter, mit einem universellen Geltungsanspruch ausgerüsteter Transformationstheorien macht Jürgen Rüländs Beitrag zur Systemwechselforschung in Asien ebenfalls aufmerksam. Gerade in der asiatischen Region reichten modernisierungstheoretische, politökonomische und institutionelle Ansätze nicht aus, um das Ausbleiben, Eintreten sowie den Erfolg und Mißerfolg von Demokratisierungsprozessen zu erklären. Kultursoziologische, insbesondere religionssoziologische Analysen müßten komplementär herangezogen werden. Doch auch die traditionellen religionssoziologischen Ansätze, die aus der starken Transzendentalorientierung der großen asiatischen Religionssysteme des Buddhismus, Hinduismus und Islam die Entstehung demokratiefeindlicher Werthaltungen erklären, bleiben in ihren monokausalen Erklärungsmustern befangen. Ihre Erklärungskraft steigt allerdings proportional zur (Re-)Fundamentalisierung dieser Glaubenssysteme. Die These lautet dann: Fundamentalistische Religionsbewe-

gungen gefährden nicht nur die demokratische Konsolidierung von „Systemwechslern“, wie die Philippinen, Thailand und Pakistan, sondern sind auch für den Fortbestand der größten Demokratie Asiens, Indien, eine beständige Bedrohung. Gerade am Beispiel Asiens sei die „westliche“ Politikwissenschaft von Huntington bis Pye eher durch kühne Spekulationen als durch empirisch gesicherte Analysen zum komplexen Zusammenhang von Religion, wirtschaftlichem Wachstum, Wertewandel und die Veränderungen im politischen System hervorgetreten. Systemwechselprozesse in dieser Region, so Rülands Fazit, lassen sich über den Determinismus unilinear, kulturneutraler Deutungsmuster nicht erklären. Die große kulturelle, soziale und ökonomische Heterogenität Asiens begründet einen besonderen Vorbehalt gegen zu weitgehende Generalisierungen asiatischer Systemwechselprozesse. Gefragt sind multidimensionale Untersuchungsraaster die erst noch zu allgemeineren Typologien vorstoßen müssen. Von einer allgemeinen Theorie des Systemwechsels in Asien ist die Forschung noch weit entfernt.

Im Schlußkapitel behandelt der Herausgeber die Frage, ob es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung gibt. Durch die Diskussion der zur Verfügung stehenden system-, struktur- und akteurstheoretischen Ansätze versucht er zu zeigen, daß ein einziger theoretischer Zugang, mag er noch so durch seine epistemologische Geschlossenheit beeindrucken, den Wechsel politischer Systeme nicht erklären kann. Die Beiträge dieses Buches zu den Systemwechseln in regionalen Großräumen bestätigen diese These eindrucksvoll. Freilich sperren sich die drei genannten theoretischen Ansätze keineswegs grundsätzlich gegen einen wechselseitigen Anschluß, da sie sich weitgehend auf unterschiedliche Erkenntnisobjekte beziehen. Während systemisch und strukturalistisch orientierte Analysen aus ihrer Makroperspektive dazu tendieren „zu viel“ erklären zu wollen, erklären akteurstheoretische Ansätze infolge ihrer Mikroorientierung „zu wenig“ (Kitschelt 1992). Der Verfasser versucht unter Herausarbeitung der jeweiligen Schwächen, Stärken und Erkenntnisobjekte der drei Theorieangebote zu zeigen, wo deren komplementären Erkenntnispotentiale liegen und welche wechselseitigen Anschlußmöglichkeiten sie für die Systemwechselforschung bereitstellen. Dadurch entsteht zwar noch nicht eine neue Theorie, aber doch ein Ansatz, der flexibel genug ist, um auf die unterschiedlichen Kontexte, in denen Systemwechsel stattfinden, angewendet zu werden, aber gleichzeitig vor zu schlichter Deskription schützt.

## Anmerkungen

- 1 Robert Dahls zentrales Definitionsmerkmal für Demokratien lautet: „contestation open to participation“, d.h. demokratische Systeme müssen „einen für Partizipation offenen politischen Wettbewerb“ garantieren (Dahl 1971: 2).
- 2 Argentinien: 1946-1951; Brasilien: 1945-1964; Ecuador: 1948-1961; Peru: 1939-1948; Uruguay 1942-1973; Venezuela 1945-1948 (Rueschemeyer et al. 1992: 160f).

- 3 Ecuador 1978; Peru 1980; Bolivien 1982; Argentinien 1983; Uruguay 1984; Brasilien 1985; Chile 1990 (Rueschemeyer et al. 1992: 162).
- 4 Fishman (1990) und ähnlich Stephanie Lawson (1993) greifen auf Krasners Regimebegriff in den internationalen Beziehungen zurück. Krasner (1983: 1) sieht internationale Regime in erster Linie definiert durch „principles, norms, rules and decision-making procedures around which actors converge in a given issue area“.
- 5 Interessant wäre zu untersuchen, ob und gegebenenfalls inwiefern die unterschiedlichen postautoritären Säuberungen die Konsolidierung junger demokratischer politischer Systeme etwa in Südeuropa, Lateinamerika oder Osteuropa begünstigen oder gefährden. Ansätze zur allgemeinen Beantwortung dieser Frage sind bei Huntington (1991: 208ff) und für die spezifischen südamerikanischen Erfahrungen bei Stepan (1988) zu finden. Systematisch vergleichende Untersuchungen und empirisch begründete allgemeine Schlußfolgerungen stehen in dieser Frage noch aus.
- 6 Wie ich selbst im Schlußkapitel dieses Bandes aufzuzeigen versuche, verbietet die handlungstheoretische Orientierung keineswegs zwingend, systemtheoretische Überlegungen aus der Transformationsanalyse auszugrenzen. Dies gilt in besonderem Maße für die Restriktionsanalyse der Handlungsbedingungen und Handlungsoptionen im Verlaufe des Zusammenbruchs autoritärer Regimes. Damit läßt sich die Legitimitätsfrage eines Systems mit der handlungstheoretischen Perspektive von realisierbaren alternativen Herrschaftsformen verknüpfen.
- 7 Dasselbe gilt natürlich auch für Afrika und Asien, wie die Beiträge in diesem Buch zeigen.
- 8 Robert Dahl nennt diese essentielle Dimension der Demokratie „inclusiveness“ (Dahl 1971: 7).

## Literatur

- Almond, Gabriel/Powell, Bingham G. (Hrsg.) 1966: *Comparative Politics*, Boston.
- Beyme, Klaus von, 1991: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt.
- Beyme, Klaus von/Nohlen, Dieter, 1991: Systemwechsel, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, München: 690-700.
- Dahl, Robert, 1971: *Polyarchy*, New Haven.
- Easton, David, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*, New York.
- Ettrich, Frank, 1992: *Von der Erfolgswissenschaft zur Krisenwissenschaft. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa und Ostdeutschland als Herausforderung der deutschen Soziologie*, in: *Soziologen-Tag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher System*, Berlin: 122-145.
- Etzioni, Amitai, 1975: *Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse*, Opladen.
- Fishman, Robert, 1990: *Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy*, in: *World Politics* (42) 3: 422-440.
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Oklahoma.
- Kitschelt, Herbert, 1992: *Structure and Process-Driven Explanations?*, in: *American Political Science Review* (86) 4: 1028-1034.
- Krasner, Stephen D. (Hrsg.), 1983: *International Regimes*, Ithaca.

- Lawson, Stephanie, 1993: Conceptual Issues in the Comparative Study of Regime Change and Democratization, in: *Comparative Politics* (25) 2: 183-206.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (Hrsg.), 1978: *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1991: *Democratic Transitions and Consolidation: Eastern Europe, Southern Europe & Latin America*, Yale (Ms.).
- Merkel, Wolfgang, 1994: Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19*: 3-11.
- O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe C./ Whitehead, Lawrence (Hrsg.), 1986: *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: *Merkur* (45) 4: 279-292.
- Offe, Claus, 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/New York.
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge.
- Rueschemeyer, Dietrich/Huber-Stevens, Evelyne/Stephens, John, 1992: *Capitalist Development & Democracy*, Cambridge.
- Share, Donald/Mainwaring, Scott, 1984: Transition Through Transaction: Democratization in Brazil and Spain, in: Selcher, Wayne A. (Hrsg.): *Political Liberalization in Brazil: Dynamics, Dilemmas, and Future Prospects*, Boulder: 175-216.
- Stepan, Alfred, 1988: *Rethinking Military Politics: Brazil and the Southern Cone*, Princeton 1988.